

BERLIN

Kosten-Streit um Transport von Kranken

Kassenverbände warnen Versicherte

Von Brigitte Schmiemann

Die Berliner Krankenkassenverbände warnen ihre Versicherten, dass sie für einen Krankentransport nicht zu viel zahlen sollen. Grund der Warnung sind gescheiterte Verhandlungen mit privaten Krankentransportunternehmen über neue Entgelte ab dem 1. Januar. Der Landesverband Private-Rettungsdienste (LPR) habe 44 Krankentransportunternehmen empfohlen, ab 2008 die Kosten je Fahrt oder die Differenz zu dem von den Krankenkassen gezahlten Betrag direkt von den Kunden zu verlangen. "Dieses Vorgehen ist rechtswidrig", sagte eine AOK-Sprecherin. Die Versicherten seien nur zur gesetzlichen Zuzahlung von zehn Prozent der Transportkosten verpflichtet.

Die Krankenkassenverbände hatten in den Verhandlungen ein Entgelt von 50,05 Euro für eine werktägliche Stadtfahrt angeboten. Der LPR habe zuletzt 73,78 Euro gefordert. "Diese Steigerung um 47 Prozent ist unangemessen", kritisiert die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände. Zahlreiche Krankentransportunternehmen würden die Fahrt weiterhin für 49,42 Euro vornehmen. 15 von insgesamt 73 privaten Berliner Krankentransportunternehmen hätten zudem bereits den neuen Tarif von 50,05 Euro angenommen, so die AOK-Sprecherin. Um die Existenz der betroffenen 44 Unternehmen nicht zu gefährden, werde das bisherige Entgelt von 49,42 Euro auch über den 31. Dezember hinaus gezahlt.

Die Privaten Rettungsdienste stellten auf Nachfrage klar, dass auch sie nicht beabsichtigen, von den Versicherten Differenzbeträge zu fordern. "Lediglich die vollständige Zahlungsverweigerung durch die Krankenkassen würde zur Rechnungslegung an den Versicherten führen. Dieser müsste jedoch nicht bezahlen, sondern kann die Rechnung an seine Krankenkasse weiterreichen, welche zur Zahlung verpflichtet ist", so Uwe Fleischer, Vorsitzender des Landesverbandes Private-Rettungsdienste (LPR). Der Verband wirft den Krankenkassenverbänden vor, die Patienten mit gezielten Falschmeldungen zu verunsichern: "Die Kassen versuchen erneut, mit fragwürdigen Methoden ihre Interessen einseitig auf Kosten ihrer Versicherten durchzusetzen", kritisiert Fleischer. Die Vergütung, die diktiert werden solle, betrage noch nicht einmal die Hälfte dessen, was in vergleichbaren Städten wie Frankfurt, Hannover und Köln gezahlt werde. Die Berliner Krankentransportunternehmen hätten Kürzungen hinnehmen müssen; die Folge seien überalterte Fahrzeuge und ein Lohnniveau, das viele Mitarbeiter besser stellen würde, wenn sie Hartz-IV-Leistungen bezögen. Im Streit um die Entgelte wird nun eine Schiedsstelle entscheiden.

Aus der Berliner Morgenpost vom 29. Dezember 2007

Privat Krankenversichern

Jetzt Geld sparen und wechseln: Mehr als 40 Anbieter vergleichen!

INOVEXX.de/krankenversicherung

Warenproben waren gestern

heute werden Waren und Produkte kostenlos getestet und behalten.

www.euceva.com



Google-Anzeigen